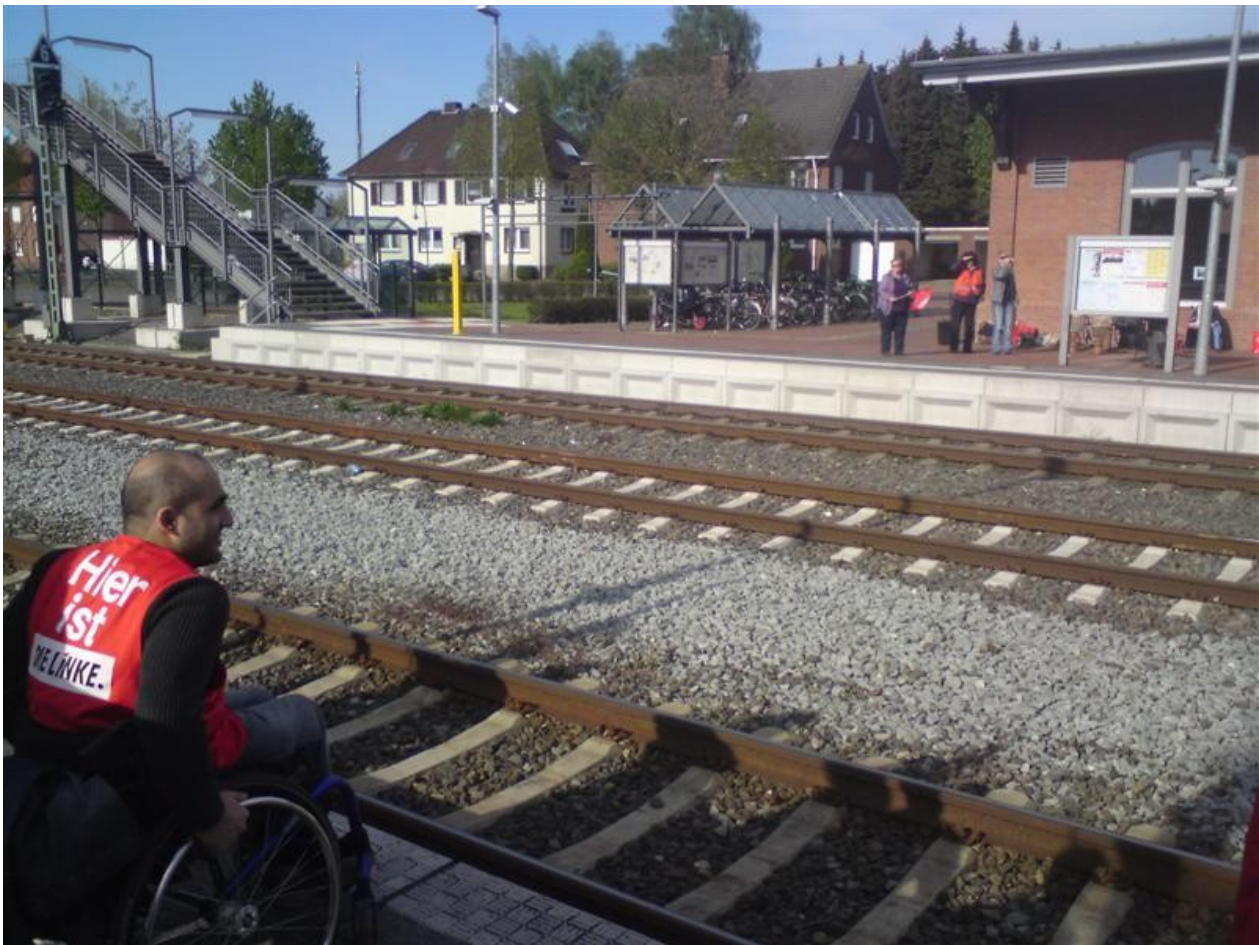


UN – Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen!

Aktionstag der Menschen mit Behinderungen – 5. Mai 2010 in Bersenbrück (Niedersachsen)



Wie groß ist die Entfernung des Rollifahrers zu seinen Mitreisenden am gegenüber liegenden Bahnsteig?
a) 5m b) 12,5 m oder c) 700m?

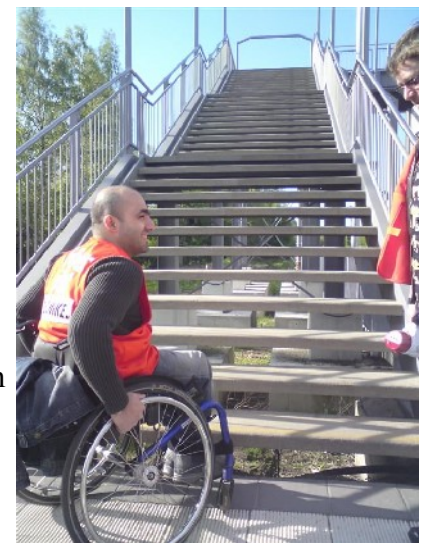
Im Jahr 2008 wurde der Bahnhof Bersenbrück umgestaltet, leider ohne an die seit Annahme der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bestehende *Verpflichtung* (unter anderem) zu Barrierefreiheit, zumindest bei Neubauten zu beachten.



Wer gehbehindert ist, einen Kinderwagen mit sich führt, oder gar auf einen Rollstuhl angewiesen ist, steht hier vor einem „großen“ Problem:

Diese Brücke ist für viele Menschen unüberwindbar – also muss ein ca. 700m langer Weg unter die Räder genommen werden um eine Entfernung von höchstens 15m zu überwinden.

Dabei sehen Bauvorschriften in Deutschland schon seit Jahren vor, dass mindestens öffentliche Neubauten barrierefrei zu halten sind. Konkret: zwei Aufzüge an beiden Seiten der Brücke würden es **allen** Menschen ermöglichen, die Bahngleise kurzfristig zu queren. Ihre nachträgliche



Errichtung wird erheblich teurer als die sofortige Erbauung beim Neubau der Brücke vor zwei Jahren. 25 Menschen haben den Rollstuhlfahrer begleitet bei seinem Weg von der einen Seite des Bahnhofs auf den

gegenüber liegenden Bahnsteig, mit dabei die MdL Marianne König und Patrick Humke-Focks.



Mit Rufen wie „Eins, zwei, drei – barrierefrei“ und „Herr Coenen, wo bleiben die Aufzüge“ machten sie auf das Problem aufmerksam und erinnerten an die bisher folgenlose Versprechung des Politikers, die Lösung des Problems zu seiner Angelegenheit zu machen. Damals hatte der Sprecher der „Landesarbeitsgemeinschaft selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der Partei DIE LINKE in einem Presseartikel in der Bersenbrücker Zeitung auf das Ärgernis aufmerksam gemacht

Offensichtlich ist der Begriff Barrierefreiheit in unserem so freiheitsliebenden Wirtschaftsland für allzu viele Politiker und Bauherren

noch immer ein absolutes Fremdwort. Seit die Bundesregierung mit Wirkung vom 26. März 2009 die Behindertenrechtskonvention angenommen hat, ist damit leider auch das Wort Menschenrecht in jenen Köpfen zum Fremdwort degeneriert.

Selbst vor der Bundesregierung macht diese eklatante Lernunwilligkeit nicht halt. So erklärt der Bundestagsabgeordnete Ilja Seyfert (DIE LINKE.) am 4. Mai 2010:

„Die Behindertenrechtskonvention ist schon seit über einem Jahr in Deutschland in Kraft. Die Bundesregierung hätte längst damit beginnen können, sie umzusetzen, beispielsweise mit der Bewusstseinsbildung. Vorbehalte bestehen doch auf beiden Seiten: bei Menschen mit und ohne Behinderungen. Das sind Barrieren in den Köpfen, die wir ernst nehmen...“

Wie ernst solche Barrieren zu nehmen sind, haben zwei Abgeordnete des Nds. Landtages (von SPD und CDU) im Vorfeld des Aktionstages deutlich gemacht: In einem Brief an den Behindertenbeirat des Landkreises Osnabrück haben sie aufgefordert, diese Aktion zu unterlassen. Was, bitte, ist daran christlich oder sozial, wenn Menschen behindert werden sollen, auf ihre Menschenrechte und deren Verletzung aufmerksam zu machen?

Oder lag es daran, dass Gewerkschafter (ver.di-Artland) und Mitglieder der Partei DIE LINKE: dazu aufriefen?

Bei einer anschließenden Diskussion der Beteiligten war man sich einig, dass Politik auch anders geht, eben selbstbestimmt und solidarisch.

Die Landesarbeitsgemeinschaft wird auf jeden Fall weiter machen mit ihrem Einsatz für die Rechte und die volle Teilhabe aller Menschen mit und ohne Behinderungen. Oder, wie es Marianne König in ihrem Grußwort ausdrückte:

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Chancen klaut.“

(Klaus – Wilhelm Depker, Osnabrück)

